

Democracy and Europe's 20th Century: Cultural and Intellectual Histories

Veranstalter: Sean Forner, Michigan State University / Humboldt-Universität zu Berlin; Thomas Mergel, Humboldt-Universität zu Berlin

Datum, Ort: 10.05.2013-11.05.2013,

Bericht von: Daniel Münzner, Historisches Institut, Universität Rostock

Das 20. Jahrhundert gilt als das „Zeitalter der Extreme“ und mit den zwei in Europa entfesselten Weltkriegen als eine Epoche unvorstellbarer Gewalttaten, die gerade in den letzten Jahren wieder in den Fokus gerückt sind. Ob Nationalsozialismus oder Stalinismus – die historische Gewaltforschung hat Konjunktur. Dem entgegen haben Sean Forner und Thomas Mergel „Demokratie“ als Interpretationsrahmen für ein europäisches 20. Jahrhundert gestellt. Demokratie, so Forner in seiner Einführung, habe das vergangene Jahrhundert geprägt, weil nach der Mobilisierung der Völker und Nationen durch den Ersten Weltkrieg eine Demobilisierung und Entpolitisierung im Frieden nicht mehr möglich war. Was Demokratie genau bedeutete, wer sie für sich in Anspruch nehmen durfte, sei dabei von Anfang an umkämpft gewesen. Diese Kämpfe wurden auf der Tagung historisiert und zugleich weiter ausgefochten.

Zunächst gaben Martin Conway und Paul Nolte einen Überblick über die Debatten zur Demokratie und die Entwicklungen im 20. Jahrhundert. MARTIN CONWAY (Oxford) interpretierte dabei das 20. Jahrhundert als eine Abfolge von „democracy wars“, wie dem Ersten Weltkrieg oder dem Spanischen Bürgerkrieg, in denen die Europäer um die Demokratie gerungen hätten. In seiner Untersuchung zur Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges betonte er, dass nicht „Demokratie“, sondern „Stabilität“, „Freiheit“ oder „Heimat“ die politischen Leitbegriffe gewesen wären. Daher warnte er vor essentialistischen und moralisierenden Betrachtungsweisen und schlug unter dem Stichwort „doing democracy“ vor, jeweils zu analysieren, wie „Demokratie“ zeitgenössisch verstanden, konstruiert und erfahren wurde.

PAUL NOLTE (Berlin) verwies darauf, dass

über die Demokratie noch immer in Form großer Meistererzählungen geschrieben werde, etwa als „Erfolgs- und Erlösungsgeschichte“ in der Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik Deutschland, als links-pessimistische Verfallsgeschichte (Colin Crouch) oder als liberal-eudämonistischer Siegeszug (Samuel Huntington) in der Politikwissenschaft. Er plädierte dafür, sich von solchen eindimensionalen Narrativen zu lösen und die Geschichte der Demokratien als unbestimmte Suche und zugleich als permanente Kontroverse zu deuten. Denn die Auseinandersetzung mit sich selbst sei ein Kernelement demokratischen Denkens, gerade auch der „post-classical democracy“, die sich endgültig in den 1970er-Jahren etabliert habe. Diese neue Erscheinungsform kennzeichne eine Erweiterung demokratischer Praxis (durch bürgerschaftliches Engagement oder supranationale Strukturen wie die Europäische Union (EU)) und die Entwertung der klassischen Institutionen.

Durch die darauf folgenden Interventionen wurden die ideengeschichtlichen Ansätze der ersten beiden Referenten kritisch beleuchtet. Demokratie lasse sich weniger durch Herrschaft des besseren Arguments oder eine Diskursethik verstehen als vielmehr durch die Lebensstile, Emotionen und Einstellungen der Bevölkerung, erklärte TILL VAN RAHDEN (Montréal / Köln). Die „geglückte Demokratie“¹ der Bundesrepublik wäre in der zeitgenössischen Wahrnehmung der Nachkriegsära vielmehr eine „unbeholfene Demokratie“ gewesen, in der ein allgegenwärtiges Verlangen nach Normalität die Fragilität der politischen Kultur, Misstrauen und Skepsis nur unzureichend überdecken konnte.

MICHAL KOPEČEK (Prag / Jena) untersuchte das Vermächtnis der Dissidenten in Ostmitteleuropa. Diese Vorkämpfer für die Demokratie im Staatssozialismus seien nach 1989 zumeist früh aus der Politik ausgestiegen. Sie intervenierten aber heute in die öffentlichen Debatten, die sich mehr um nationale Identitäten als um die Demokratie selbst

¹ Edgar Wolfrum, Die ge glückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006; vgl. die Rezension von Konrad H. Jarausch, in: H-Soz-u-Kult, 01.06.2006, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-2-152>> (10.06.2013).

drehten. Dabei sei ein semantischer Kampf um die Vergangenheit zu beobachten, bei dem Linke und Konservative versuchten, den Gegner mit einer totalitären, kommunistischen Vergangenheit in Verbindung zu bringen und zu diskreditieren.

PAULA DIEHL (Berlin) erläuterte in ihrem Referat, dass Populismus eine der Demokratie innewohnende Erscheinung sei, die allerdings von faschistischen Bewegungen aufgegriffen wurde. Populismus verschiebe die politische Repräsentation auf einen Führer, das Volk bleibe allerdings der eigentliche Souverän. Erst im Faschismus sei der Wille des Führers dem Volkswillen übergeordnet. Trotz vieler ähnlicher Motive in Kommunikation, Ideologie, Organisation und Feindbild lasse sich über das Verhältnis des Führers zum Volk Populismus vom Faschismus abgrenzen.

HARALD BLUHM (Halle) interpretierte die Geschichte der Demokratie als dramaturgisches Handeln. Untersuche man, wie politische Akteure ihre Handlungen unter gegenseitiger Analyse und Beobachtung des Publikums performativ gestalteten, ergäben sich drei verschiedene Erscheinungsformen. Die „oligarchischen Demokratien“ mit einer bürgerlichen Öffentlichkeit wären am Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Massendemokratien abgelöst worden, welche durch Massenparteien, Gewerkschaften und andere Großorganisationen, Rundfunk, Film und Fernsehen gekennzeichnet waren. Letztere habe sich zu einer „postmodernen Massendemokratie“ mit völlig neuen Präsentations- und Inszenierungsformen weiterentwickelt, die dem Konzept der „post-classical democracy“ von Paul Nolte ähnelte.

Im zweiten Teil der Konferenz sollten thematisch gebündelte Analysen das Tagungsthema vertiefen. Unter dem Stichwort „Rahmen“ wurde zunächst nach den Grenzen der Volksherrschaft und ihren inneren Widersprüchen gesucht. MARCUS PAYK (Berlin) legte dar, dass die Idee der „national self-determination“ und der „Wilsonian Moment“² – die Autonomiebestrebungen der Völker nach dem Ersten Weltkrieg – auf kalkulierten Fehlwahrnehmungen der Äußerungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson beruht hätten. Dieser habe für eine Gemeinschaft selbstbestimmter Staaten ge-

kämpft, nicht aber für eine Veränderung von nationalen Entitäten anhand von kulturellen oder sprachlichen Kriterien. Zugleich projizierte Wilson individuelle, menschliche Charaktermodelle auf Kollektive wie Bevölkerungsgruppen, Staaten und Regionen. Kolonien blieben in seinem Verständnis als infantile Territorien abhängige Organisationsstrukturen. Payk erblickte darin ein generelles Motiv der Versailler Friedensordnung, die nach dem Verschwinden monarchischer Souveräne die Welt „in neue Bilder zu fassen“ und mittels Metaphern von personifizierten Staaten zu ordnen suchte.

CELIA DONERT (Liverpool) berichtete über staatssozialistische Versuche, auf internationaler Ebene für Frauenrechte einzutreten, was für das Selbstverständnis westlicher Demokratien eine fortwährende Herausforderung darstellte. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt der Kampf für die Rechte von Minderheiten und Frauen als sozialistisch und wurde im Westen zum „final contest for democracy“. Die Entwicklung der Frauenrechte Westeuropas und Nordamerikas wurde dabei auch von der vorbildhaften Situation im Osten vorangetrieben. In diesem Sinne bedeutete der Siegeszug des Parlamentarismus und der freien Wahlen in den postsozialistischen Ländern zugleich einen Rückschritt aus feministischer Sicht.

Etwas sehr weitgefasst wirkte der Fokus in der Sektion „Räume“, in der zunächst TIM B. MÜLLER (Hamburg) die Wirtschaftsverwaltung der Weimarer Republik in den Blick nahm. Sehr lange seien die Eliten der Zwischenkriegszeit vor allem in Bezug auf ihre antidemokratischen Ideen gedeutet worden. Dem gegenüber gelte es, deren demokratische Potenziale stärker sichtbar zu machen. Die von Müller untersuchten Wirtschaftsbeamten entstammten zumeist der SPD und der DDP und suchten schon vor der Zeit des Keynesianismus Sozial- und Wirtschaftspolitik zu integrieren sowie durch den Abbau sozialer Ungleichheiten das parlamentarische System zu stabilisieren.

²Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007; vgl. die Rezension von Katja Naumann, in: *H-Soz-u-Kult*, 20.03.2009, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-1-232>> (10.06.2013).

PHILIPP NIELSEN (Berlin) zeigte mit seiner Analyse der Haushaltsverhandlungen des Deutschen Bundestages in den 1950er- und 1960er-Jahren, wie dort demokratische Praxis ausgehandelt wurde. Die Parteien stritten nicht allein um ihre Differenzen, sondern auch darum, wie diese legitim artikuliert werden konnten. Respektvolle und verständliche Sprache und die ausführliche Diskussion sollten dabei die Legitimität des Kompromisses herstellen. Immer stärker wurden verfahrenstechnische Fragen gegenüber den Inhalten diskutiert.

SUSANNE SCHREGEL (Weimar) untersuchte die Demokratiekonzeptionen im alternativen Milieu der Bundesrepublik in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren. Für deren Demokratieverständnis sei ein Rückbezug auf den lokalen Raum – etwa die Freie Republik Wendland – charakteristisch gewesen. Hier sollte „echte“ Demokratie praktiziert und die Vernetzung mit anderen derartigen Zonen vorangetrieben werden. Durch alternative Geografien würde eine gewandelte Gesellschaft entstehen; Besetzungen und Hütendörfer waren damit Teil einer neuen demokratischen Idee. Damit einher sei ein neuer Machtbegriff gegangen, der Emotionalität, Solidarität und Subjektivität in sich vereinte und mit dem sich die AktivistInnen gegen die von oben wirkende, destruktive Macht des Atomstaates abgrenzten.

Zuletzt wurden in Rückkehr zur Ideengeschichte verschiedene „Visionen“ des Demokratischen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts diskutiert. Anhand der vom Deutschen Gewerkschaftsbund in den 1950er-Jahren organisierten Europäischen Gespräche untersuchte SEAN FORNER (East Lansing / Berlin) die Debatten um betriebliche Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, die sich gegen die „Managerherrschaft“ und die „formale Demokratie“ der Adenauer-Republik richteten. Wie Forner zeigte, gab es in den 1950er-Jahren nicht nur konservativ dominierte, latent antidemokratische Debatten über Massengesellschaft und Entfremdung, sondern auch intellektuelle Ansätze, die Demokratie weiterzuführen, die als Vorläufer des Paradigmas der 1968er von der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ ge-deutet werden können.

JOHANNES GROßMANN (Tübingen) widmete sich den Traditionen konservativer und antidemokratischer Intellektueller in der Bundesrepublik, die sich im Think Tank der Abendländischen Akademie zusammenfanden. Nach öffentlicher Kritik an den Umtrieben von Regierungsvertretern wie Außenminister Heinrich von Brentano traten die gescholtenen Konservativen die „Flucht nach Europa“ an. Mit der Gründung des vom faschistischen Spanien finanzierten Centre Européen de Documentation et d'Information (CEDI) und des Institut d'Études Politiques in Liechtenstein begannen die Abendländer ihre Wandlung hin zum Neoliberalismus Thatcher'scher Prägung und versöhnten sich damit zumindest partiell mit der parlamentarischen Demokratie.

Abschließend diskutierte NATALI STEGMANN (Regensburg) die Konzeptionen des Demokratischen im Spätsozialismus. Aus ihrer Sicht standen sich Regime und Opposition keinesfalls unversöhnlich gegenüber. Auch für Vertreter der Charta 77 oder Intellektuelle im Umfeld der Solidarność sei Verteilungsgerechtigkeit ein zentrales Kriterium für eine demokratische Gesellschaft gewesen. Die Dissidenten wollten den sozialistischen Egalitarismus und eine sozialistische Wirtschaft erhalten, aber gerade die Unfähigkeit des Sozialismus, Verteilungsgerechtigkeit und materielle Güter sicherzustellen, habe das System in Frage gestellt.

Die Tagung verlief kontrovers. Zwar widersprachen viele TeilnehmerInnen der Ansicht des britischen Soziologen Colin Crouch, wonach sich Europa im Verfallszustand einer Post-Demokratie befände.³ Doch sowohl darüber, was Demokratie ist und war, als auch wie sie zu analysieren wäre, ließ sich kein Konsens herstellen. Gerade von jüngeren ForscherInnen wurde gefordert, von einem normativen Demokratiebegriff abzurücken. Paul Nolte hielt dem entgegen, dass eine solche wertfreie Perspektive nicht möglich sei, man aber die Normativität der Demokratie bei der Analyse mitdenken müsse.

Das Konzept der Demokratie als soziale Praxis wurde von Martin Conway und Bernd Weisbrod als beliebig kritisiert, Demokratie erscheine so als allgegenwärtig und

³ Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004.

unaufhaltsam. In der Diskussion argumentierten Hedwig Richter und Till van Rahden dagegen, dass sich nicht nur die sozialistischen Länder als Volksdemokratien, sondern auch die Nationalsozialisten als die besseren Demokraten inszeniert und demokratische Praktiken wie das Wählen fortgeführt hätten, wenn auch unter Ausschluss oppositioneller und ethnischer Minderheiten. Diese Phänomene gelte es zu berücksichtigen, wolle man verstehen, was die Faszination des Demokratischen sei.

Trotz des sehr breit angelegten Tagungsprogramms wurden in den Diskussionen immer wieder Perspektivenerweiterungen eingefordert. Kapitalismus, Gewalt, Religion oder auch die Europäische Union seien in den weiteren Auseinandersetzungen mit dem Thema stärker zu berücksichtigen, wie THOMAS MERGEL (Berlin) in seinem Abschlusskommentar hervorhob. Zudem müsse eine klare analytische Trennung zwischen Demokratie als politischer Idee, als Herrschaft oder als Lebensform vorgenommen werden.

Ein gemeinsamer Begriff von Demokratie hätte vielleicht die Diskussionen fokussiert, doch scheint ein solcher derzeit nicht vorhanden zu sein. Die Vorschläge zur Entnormativierung des Demokratiebegriffs überzeugten ebenso wenig wie eine Beschränkung auf ideengeschichtliche Zugänge. Die historischen Analysen des 20. Jahrhunderts sind dabei, Selbstverständlichkeiten aufzulösen und dadurch neue Perspektiven zu eröffnen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Waren die europäischen Demokratien tatsächlich durch die Abwesenheit von Gewalt charakterisiert oder verschoben sie diese vielleicht in die peripheren Räume der Dritten Welt als „strukturelle Gewalt“?⁴ Lässt sich in einem globalen 20. Jahrhundert Demokratie nur ausgehend von Europa angemessen verstehen? Alle TeilnehmerInnen hätten sich – in welchem Sinne auch immer – als DemokratInnen bezeichnet und waren sich der Gefahren dieses Standpunktes bewusst. Doch sind wir so demokratisch, wie wir glauben, und welchen Einfluss hat das auf unsere Analysen? Die Neuvermessung unserer demokratischen Traditionen und unseres Handelns hat gerade erst begonnen.

Konferenzübersicht:

Sean Forner (East Lansing, Michigan / Berlin): Einführung

Plenum I. Vorträge

Moderation: Thomas Mergel (Berlin)

Martin Conway (Oxford): The Idea of Democracy in Western Europe, 1945-73

Paul Nolte (Berlin / München): Framing the Euro-Atlantic History of Democracy in the 20th Century: Some Considerations

Plenum II. Interventionen

Moderation: Thomas Mergel (Berlin)

Till van Rahden (Montréal / Köln): Clumsy Democrats: Forms, Style, and Passions in Postwar Germany

Michal Kopeček (Prag / Jena): Legacies of Dissidence in East-Central Europe: From Democratization to Post-Socialist Post-Democracy?

Paula Diehl (Berlin): Zum Verhältnis zwischen Populismus und Faschismus

Harald Bluhm (Halle): Gestaltwandel der Demokratie und dramaturgisches Handlungsmodell

Panel I. Rahmen

Moderation: Hannes Grandits (Berlin)

Marcus Payk (Berlin): Selbstbestimmung, Selbstregierung und Souveränität. Zum Zusammenhang von internationaler Politik und Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Celia Donert (Liverpool): Equality, Democracy, Socialist Internationalism: Women's Rights in Eastern Europe after 1945

Panel II. Räume

Moderation: Moritz Föllmer (Amsterdam)

Tim B. Müller (Hamburg): Legitimation durch Verwaltung. Wirtschaftspolitik und demokratischer Wohlfahrtsstaat in der Zwischenkriegszeit

Philipp Nielsen (Berlin): Democracy and Compromise: Budget Negotiations and the Expression of Legitimate Difference in West

⁴ Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, 3. Aufl. Reinbek 1978.

Germany in the 1950s and 1960s

Susanne Schregel (Weimar): „Alternative“ Demokratie? Macht und Raum im alternativen Milieu (1977-1985) (BRD)

Panel III. Visionen

Moderation: Bernd Weisbrod (Göttingen)

Sean Forner (East Lansing, Michigan / Berlin): Managerialism and Mass Democracy: Intellectuals and Unions in 1950s Western Europe

Johannes Großmann (Tübingen): Vom Abendland zum Neokonservatismus. Transnationale Elitenzirkel und der Wandel konservativer Ordnungsvorstellungen in Westeuropa nach 1945

Natali Stegmann (Regensburg): Demokratie, Freiheit und Verteilung im Spätsozialismus (Beispiele aus Polen und der Tschechoslowakei)

Thomas Mergel (Berlin): Abschlusskommentar

Tagungsbericht *Democracy and Europe's 20th Century: Cultural and Intellectual Histories*. 10.05.2013-11.05.2013, , in: H-Soz-u-Kult 24.06.2013.